

**A N F R A G E** von Carmen Walker Späh (FDP, Zürich), Dieter Kläy (FDP, Winterthur) und Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt)

betreffend Dunkelziffer bei Jugendkriminalität

Mit einem Präventionsprogramm will nun sogar der Bund gegen die zunehmende Jugendgewalt vorgehen; erschreckend sind insbesondere auch die hohe Dunkelziffer und das ungenügend vorhandene statistische Material. Es ist daher ein vordringliches Ziel, den Jugendlichen zur Verminderung der Dunkelziffer den Gang zur Polizei so leicht wie möglich zu machen. Leider hat der Regierungsrat in seiner Antwort KR-Nr. 11/2009 zum vorgeschlagenen Nottelefon für Jugendliche negativ Stellung bezogen unter Hinweis auf die bestehende Notrufnummer 117 bzw. 112 (international), die Telefonnummer 044 247 30 30 des kantonalen Jugenddienstes und des «pro juventute Telefon 147 für Kinder und Jugendliche». Es leuchtet den Anfragenden zwar ein, die Anzahl der Nummer möglichst gering zu halten, auch um sie rascher einprägen zu können, speziell durch die Jugendlichen. Trotzdem: ein wirksamer Notruf und damit weniger nicht gemeldete Taten setzen voraus, dass die massgebenden Telefonnummern allen Kinder und Jugendlichen bekannt sind und dass sie diese auch nutzen. Nur so lässt sich - neben der Förderung des Vertrauens in das staatliche polizeiliche Funktionalisieren - die Dunkelziffer bei der Jugendkriminalität nachhaltig vermindern.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, sein bisheriges Engagement im Bereich der Jugendkriminalität zur Verminderung der Dunkelziffer zu erhöhen?
2. Wäre der Regierungsrat bereit, auf der Basis der Dunkelfelduntersuchung 2009 von Denis Ribeaud und Manuel Eisner («Die Entwicklung von Gewalterfahrungen Jugendlicher im Kanton Zürich») eine wiederkehrende und strukturierte Dunkelfelduntersuchung, die Rückschlüsse auf Entwicklungen erlauben würde, in die Wege zu leiten und wenn nein, warum nicht?
3. Mit welchen anderen Massnahmen gedenkt der Regierungsrat die Jugendlichen zur vermehrten Anzeige zu motivieren?
4. Ist der Regierungsrat in Kenntnis des bundesrätlichen Handlungsbedarfs beim statistischen Material nun doch bereit, auch eine Statistik über die jeweiligen konkreten Orte von Taten im Rahmen der neuen Kriminalstatistik (KRISTA) zu führen (abgelehnt in Anfrage KR-Nr. 410/2008)?
5. Wichtige und nicht ausgeschöpfte Hinweise zu Gewalterfahrungen von Jugendlichen verspricht man sich aus (anonymen) Meldungen von Spitälern oder Ärzten. Wäre der Regierungsrat bereit, das Meldewesen von Spitälern und Ärzten über Gewalterfahrungen von Jugendlichen zu verbessern und zu systematisieren?
6. Ist der Regierungsrat bereit, den Schulen im Kanton Zürich zu empfehlen, die Not- und Beratungsnummer 147 der pro juventute auf ihren Homepages zu publizieren?

Carmen Walker Späh  
Dieter Kläy  
Gabriela Winkler